

Wir sind der EU nichts schuldig!

Nein zur Milliardenzahlung an die EU

Der Bundesrat spricht sich für ein Schweizer Milliarden-Geschenk zugunsten der neuen 10 EU-Oststaaten aus. Weder Parlament noch Volk konnten bisher abschliessend darüber befinden.

FAKTEN sind:



Diese Milliarde Franken wird ohne Gegenleistung seitens der EU-Staaten bezahlt. Zu einem grossen Teil müssten wir diese Milliarde mit unseren Steuergeldern finanzieren.



Bei allen kommenden Zahlungen an weitere EU-Beitrittsländer (Rumänien, Bulgarien) und später an die Türkei, übrige Balkanstaaten, Ukraine usw., wird hierzu ein Referendum in der Schweiz ausgeschlossen sein. Ein Ja würde also zum totalen Freipass für "Bern!"



Diese Milliarde ist nicht Teil der Bilateralen Vereinbarungen mit der EU. Der Bundesrat tut dies aus purer "Gutherzigkeit". Der Bundesrat erklärte hierzu wörtlich: "Unsere Unterstützung findet internationale Beachtung und stärkt das Ansehen der Schweiz" (siehe auf Seite 12 im Abstimmungsbüchlein!).



Die Schweiz hat heute 130 Milliarden Franken Schulden; jeden Tag kommen 10 Millionen Schuldzinsen dazu. Wohin führt dies alles?



Die Zukunft der nächsten Generation wird mit einem immensen Schuldenberg belastet. Ist dies nicht verantwortungslos?



Mit unseren Zahlungen an die Ost-Staaten päppeln wir unsere künftige Konkurrenz auf. In diesen Staaten arbeiten die Leute zudem zu wesentlich niedrigeren Löhnen und Sozialleistungen. Wer sägt sich hier den eigenen Ast ab?



Die CH-Steuerbelastung (inkl. Abgaben) für Berufstätige und KMU (Klein- und Mittelunternehmen) steigt seit Jahren stetig. Eine Anhebung der unsozialen Mehrwertsteuer ist in Bern in Planung. Wen trifft dies wieder?

Bei Pensionären, Familien und Alleinerziehenden wird gespart. Den Jungen hinterlässt man riesige Schuldenberge. Privatpersonen, sowie Klein- und Mittelunternehmen werden immer stärker geschröpft.

Und nun will der Bundesrat eine Milliarde Franken (tausend Millionen !) verschenken. Die Interessen der EU werden somit über das eidgenössische Gemeinwohl gestellt. So nicht!

Darum bei der Volksabstimmung vom 26. November:

NEIN zur Kohäsions-Milliarde
zu diesem Blanko-Scheck